

Giuliana Sorce · Philipp Rhein ·
Daniel Lehnert ·
Tobias Kaphegyi *Hrsg.*

Exkludierende Solidarität der Rechten



Springer VS

Exkludierende Solidarität der Rechten

Giuliana Sorce · Philipp Rhein ·
Daniel Lehnert · Tobias Kaphegyi
(Hrsg.)

Exkludierende Solidarität der Rechten

Hrsg.

Giuliana Sorce
Institut für Medienwissenschaft
Universität Tübingen
Tübingen, Deutschland

Philipp Rhein
Kolleg „Rechtspopulistische Sozial-
politik und exkludierende Solidarität“
Universität Tübingen
Tübingen, Deutschland

Daniel Lehnert
Kolleg „Rechtspopulistische Sozial-
politik und exkludierende Solidarität“
Universität Tübingen
Tübingen, Deutschland

Tobias Kaphegyi
Kolleg „Rechtspopulistische Sozial-
politik und exkludierende Solidarität“
Universität Tübingen
Tübingen, Deutschland

ISBN 978-3-658-36890-6 ISBN 978-3-658-36891-3 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-36891-3>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert durch Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Cori Antonia Mackrodt

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Danksagung

Dieser Band entstand im Kontext des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Promotionskollegs PK047: Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität, geleitet durch Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse, Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling und Prof. Dr. Tanja Thomas an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Die Herausgeber*innen danken der Stiftung für die finanzielle Unterstützung.

Tübingen, im
Dezember 2021

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Tobias Kaphegyi, Philipp Rhein, Giuliana Sorce und Daniel Lehnert	
Sozialpolitische Strategien	
Exklusionslinien in der wohlfahrtsstaatlichen Programmatik und Praxis rechtspopulistischer Parteien in Österreich, Schweden und den Niederlanden	21
Hans-Jürgen Bieling und Sylvia Maria Erben	
Ein sozioökonomischer Linksruck im Rechtspopulismus? Die sozioökonomische Positionierung radikaler Rechtsparteien in europäischen Wohlfahrtsstaaten	37
Floris Biskamp	
„Wer Müßiggang belohnt und Fleiß bestraft, wird am Ende mehr Müßiggang als Leistung ernten.“ Zur „Kulturkritik als Perspektive“ der wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen in der AfD	61
Tobias Kaphegyi	
Das gefährdete und das gefährliche Wir – auf der Suche nach Solidarität im Identitätsdiskurs der ‚Neuen Rechten‘	85
Turid Fronck und Richard Siegert	

Medien

- Exkludierende Solidarität als A(nta)gonismus?! – Repräsentationen der Dresdner PEGIDA-Proteste im Pressediskurs** 107
Merle-Marie Kruse, Tanja Thomas und Fabian Virchow

- Exkludierend feministisch, solidarisch rassistisch: Die „120 Dezibel“-Kampagne auf YouTube** 133
Giuliana Sorce und Lea Renz

- Migrationspakt stoppen: Rechtsalternativer Medienaktivismus gegen den UN-Migrationspakt** 151
Tobias Fernholz und Maik Fielitz

Affekte

- „Also das war schon Hollywood!“ Zur affektiven Wirkweise des Propagandafilms *Der Vertrauensmann*** 175
Matthias Monecke

- „Und das wäre dann sozusagen die Vollendung der Emanzipation“. Zur Funktion politisierter Mutterschaft.** 191
Daniel Lehnert

- Gemeinsamkeit in der Frustration. Wie exkludierende Solidarisierung enttäuschte Solidarität ausbeutet** 215
Philipp Rhein und Matthias Möhring-Hesse

Herausgeber- und Autorenverzeichnis

Über die Herausgeber

Dr. Giuliana Sorce, (Medien- und Kommunikationswissenschaft, The Pennsylvania State University), Akademische Rätin a. Z. am Institut für Medienwissenschaft und assoziierte Forscherin am Promotionskolleg „Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität“ (Hans-Böckler-Stiftung) der Universität Tübingen. Forschungsschwerpunkte: Digitaler Aktivismus und Protest, (digitale) Medienkulturen, Kommunikation für sozialen Wandel, Feministische Medien- und Kommunikationswissenschaft.

Philipp Rhein, M.A. (Soziologie, Ludwig Maximilians Universität München), Doktorand am Promotionskolleg „Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität“ (Hans-Böckler-Stiftung) der Universität Tübingen, promoviert über das Zeitbewusstsein von AfD-Wähler*innen im Kontext spät-moderner Zeitstrukturen. Forschungsschwerpunkte: Politische Soziologie, Qualitative Methoden, Zeitsoziologie.

Daniel Lehnert, M.A. (Soziologie, LMU München), Doktorand am Promotionskolleg „Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität“ (Hans-Böckler-Stiftung) der Universität Tübingen, promoviert zu konservativen Familieninitiativen und der Politisierung von Elternschaft. Forschungsschwerpunkte: Politische Soziologie, Gender Studies, Sozialtheorie, Methoden der qualitativen Sozialforschung.

Tobias Kaphegyi, M.A. (Politikwissenschaft und Empirische Kulturwissenschaft an der Universität Tübingen), Doktorand im Promotionskolleg „Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität“ an der Universität Tübingen und Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung. Promoviert zu den wirtschafts- und

sozialpolitischen Einstellungen rechter Arbeiter*innen. Forschungsschwerpunkte: Wirtschafts- und Sozialpolitik rechtsradikaler und rechtspopulistischer Parteien, Liberale und rechte Ideengeschichte sowie die Subjektivierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen.

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland

Dr. Floris Biskamp Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Eichstätt, Deutschland

Sylvia Maria Erben M.A. Promotionskolleg „Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität“, Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland

Tobias Fernholz M.A. Bundeszentrale für politische Bildung, Leipzig, Deutschland

Maik Fielitz M.A. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, Jena, Deutschland

Turid Fronек Dipl. Päd. Promotionskolleg Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität, Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland

Tobias Kaphegyi M.A. Promotionskolleg „Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität, Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland

Merle-Marie Kruse M.A. Institut für Medienwissenschaft, Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland

Daniel Lehnert M.A. Institut für Soziologie, Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland

Matthias Monecke M.A. Fachbereich Sozialökonomie, Universität Hamburg, Hannover, Deutschland

Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse Katholisch-Theologische Fakultät, Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland

Lea Renz Institut für Medienwissenschaft, Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland

Philipp Rhein M.A. Institut für Soziologie, Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland

Richard Siegert M.A. Promotionskolleg Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität, Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland

Dr. Giuliana Sorce Institut für Medienwissenschaft, Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland

Prof. Dr. Tanja Thomas Institut für Medienwissenschaft, Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland

Prof. Dr. Fabian Virchow Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften, Hochschule Düsseldorf, Düsseldorf, Deutschland



Einleitung

Tobias Kaphegyi, Philipp Rhein, Giuliana Sorce 
und Daniel Lehnert

Zusammenfassung

In diesem Band untersuchen die Beiträge unter anderem, wie die Ursachen und Effekte der sich im Rechtspopulismus ausdrückenden exkludierenden Solidarität mit der Entwicklung des Wohlfahrtsstaats verbunden sind und in welchem Maße die exkludierende Solidarität des Rechtspopulismus auf der Funktionsweise des Wohlfahrtsstaates aufsattelt, ihr entgegensteht und/oder sie transformiert. Das Leitkonzept dieses Bandes fragt auch, inwiefern und in welchem Sinne die damit verbundene exkludierende Vergemeinschaftung als solidarisch bezeichnet werden kann.

T. Kaphegyi
Promotionskolleg „Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität“,
Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland
E-Mail: tobias.kaphegyi@student.uni-tuebingen.de

P. Rhein · D. Lehnert
Institut für Soziologie, Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland
E-Mail: philipp.rhein@uni-tuebingen.de

D. Lehnert
E-Mail: daniel.lehnert@uni-tuebingen.de

G. Sorce (✉)
Institut für Medienwissenschaft, Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland
E-Mail: giuliana.sorce@uni-tuebingen.de

„The Wall is coming“

Im Januar 2019 postet der damalige US-amerikanische Präsident Donald Trump ein Meme von sich auf Instagram, versehen mit dem Schriftzug „The Wall is Coming“ im optischen Stil der HBO-Serie *Game of Thrones* (Trump, 2019). Die populärkulturelle Anspielung auf die immerwährende Bedrohung „Winter is Coming“ in der erfolgreichen Serie ist ein direkter Verweis auf Trumps Mauerbau an der Grenze zu Mexiko. Die propagandistische Indienstnahme von *Game of Thrones* für Trumps antimigrantisch-xenophobe Agenda zeigt einerseits, dass Horror und Fantasyfilme gar nicht anders können als über vorherrschende Sichtweisen auf die politische Realität zu reflektieren (Seeßlen 2015, kritisch Hugendick 2019). Andererseits inszeniert gerade die machiavellistisch anmutende Fantasyserie *GoT* wie kaum eine andere die dunkle Seite von Politik und Kultur und symbolisiere den „Schrecken der Realität“, sofern die Macht der miteinander ringenden Königreiche auf Intrigen und roher Gewalt beruht - "jede Moral scheint verloren gegangen" (Zelik, 2020, S. 17).

In der von Millionen Zuschauer*innen verfolgten Serie kommt die finale Bedrohung der Königreiche von außen und scheint zunächst in der durch Neid, Intrigen und Machtstreben völlig korruptierten Gesellschaft leichtes Spiel zu haben. Hier kämpft jede*r gegen jede*n und die gemeinsame Bedrohung von außen wird (fast) zu spät erkannt. Instrumentalisiert durch die Mächte des Bösen dringen seelenlose und gefährliche Massen in die Königreiche und drohen die Menschheit auszulöschen. Um am Ende eines großen Gemetzels die Möglichkeit auf eine bessere Zukunft in einem ‚wiedergeborenen‘ und vereinigten Königreich zu sichern, setzen die letzten ‚anständigen‘ Held*innen auf die gemeinsame Verteidigung einer großen Mauer an der Grenze des Reiches. In einer rechts-extrem-verschwörungstheoretischen Interpretation dient diese Mauer wohl der Verhinderung des ‚Volkstods‘ der Autochthonen.

Der Mauerbau – bei Trump und *Game of Thrones* – lässt sich als Symbol für das verstehen, was nach einer verbreiteten These ein Wesenszug rechts-populistischer Parteien und Bewegungen ist: Exkludierende Solidarität. Der Mauerbau, der Menschen ausschließt, ist zugleich ein Vergemeinschaftungsangebot des populistischen Führers an seine Anhänger*innen in Zeiten der Bedrohung. Gemeinsam schützt sich die im Innern moralisch erneuerte Solidargemeinschaft vor dem Zerfall ihrer Heimat durch den Ausschluss derjenigen, die nicht wirklich dazu gehören. Gleichzeitig scheint der Wunsch nach einer solchen doppelten Neuformierung der Gesellschaft (nach innen und außen) auf eine ‚bessere‘ Zukunft abzielen, die ihr Ideal in der Vergangenheit sucht.

Solidarisierung und Aufwertung für die eigenen Würdigen, Exklusion für Fremde und Unwürdige: Macht dieser Einschluss durch Ausschluss im Kern die Attraktivität des Rechtspopulismus aus? Und wie viel „Solidarität“ steckt in dieser Vergemeinschaftung durch Exklusion?

Rechter Wärmestrom oder kalte Verwilderung?

Eine Mauer, Schutz, die (heterosexuelle) Kernfamilie und eine exklusive Heimat-Gemeinschaft, die gestern noch gut war: Im Zentrum rechtspopulistischer und extrem rechter Strömungen, Bewegungen und Parteien, in ihren Themen und den von ihnen artikulierten Überzeugungen und Emotionen, werden ausschließende Sozialverhältnisse vertreten. Sie verkörpern „den krampfhaft[e], wahnhaft[e] Versuch, einen Raum exklusiver Solidarität herzustellen“ (Bude, 2016, Interview). Die politischen und rhetorischen Strategien drücken gesellschaftliche Veränderungs- und Gestaltungsansprüche aus, die im Kern auf partikularen Gesellschaftsentwürfen beruhen. So besteht zwar Einigkeit über den exkludierenden Charakter des rechtspopulistischen Projektes, aber während einige hier eher Entsolidarisierung am Werk sehen (Brinkmann et al., 2020; Butterwegge, 2019), gibt es andererseits auch Gründe zur Vermutung, dass im rechtspopulistischen „Wärmestrom“ (Bloch, 1985 [1935]) auch ein exkludierend-solidarisches Angebot enthalten ist (Altreiter et al., 2019; Flecker et al., 2018, 2019; Möhring-Hesse, 2019). Der Frage, welche Solidarität im exkludierenden Projekt der Rechten und moderner rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen steckt, geht das Tübinger Promotionskolleg „Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität“ und dieser Sammelband nach.

Die Lesart exkludierender Solidarität folgt einem Verständnis, das Rechtspopulismus als eine re-solidarisierende Reaktion auf eine zweite oder dritte Welle neoliberaler Entsolidarisierung deutet, die im Kern exkludierend angelegt sei (Becker et al., 2019; Flecker et al., 2019). Diese exkludierende Solidarisierung werde vor allem von denjenigen nachgefragt, die zuvor Welle ‚unter die Räder‘ der neoliberalen Entsolidarisierung geraten seien und daher jetzt für Grenzschiebung und Sozialchauvinismus optierten. Solidarität wird somit als Kohäsionsstoff für rechte Ideologien konstruiert und rechte Akteur*innen rufen explizit zu bestimmten Formen des ‚solidarischen‘ Zusammenhalts auf. Diese Vorstellung des ‚Gemeinsamen‘ ist exkludierend angelegt. Kernelemente sind Wohlfahrtchauvinismus (Ennser-Jedenastik, 2018; Schumacher & van Kersbergen, 2016), ethnische Homogenität und patriarchale Familienordnungen

(Leidinger & Radvan, 2018) als Rückgrat einer funktionierenden Gesellschaft. Rechtspopulistische Parteien böten daher erfolgreich eine exkludierend-chauvinistische Variante wohlfahrtsstaatlicher Solidarität an (Lefkofridi & Michel, 2014).

In der von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen betriebenen Sozialstaatskritik und ihren Sozial-, Arbeits- und Geschlechterpolitiken werden veränderte Solidaritätsverhältnisse und -bereitschaften aufgegriffen. Die rechte Suche nach Solidarität (Aulenbacher, 2018; Bieling, 2017) wird in dem Sinne als „polanyische Gegenbewegung“ (Dörre, 2016, S. 168) zur intensivierten „marktgetriebenen Landnahme“ (Dörre & Schubert, 2020, S. 21) und zur „Ökonomisierung des Sozialen“ (Heitmeyer, 2018, S. 129) gefasst. Rechte Arbeiter*innen und Lohnabhängige formierten etwa eine Gegenbewegung zur neoliberalen Modernisierung und begrüßten eine protektionistische „exklusive Solidarität“ (Dörre et al., 2018). Durch mediale Kampagnen (Sorce, 2018) und emotional aufgeladene Affektpolitiken (Sauer, 2020) werden Veränderungen in Richtung einer exkludierenden Solidarität angestoßen und forciert. In diesem Zusammenhang werden rechtspopulistische Geschlechterpolitiken (Siri, 2016) sowie Proteste gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung (Hark & Villa, 2015) auch als Reaktion auf den Wandel von Erwerbsarbeit und Sozialstaat interpretiert (Motakef et al., 2018). Der Band beleuchtet diese unterschiedlichen Strategien und Erscheinungsformen exkludierender Solidarität und diskutiert dabei die Frage, wie kalte Exklusion und das Beharren auf und die Konstruktion einer (identitätspolitisch gefassten) Solidargemeinschaft zusammenhängen.

Ernst Bloch analysierte bereits in den 1930er Jahren die Wirkung der faschistischen Ideologie der Nationalsozialisten als „Wärmestrom.“ Er sieht hinter dem Aufstieg des Nationalsozialismus ein Bedürfnis nach der Verarbeitung anomischer Erfahrungen von „Ungleichzeitigkeit“ (Bloch, 1985 [1935], S. 45). Gerade die kleinbürgerlichen Träger*innengruppen mit ihrer „zeitinadäquate Ideologie“ (Geiger, 1930, S. 637) stellten sich in den retro-utopischen Wärmestrom der faschistischen Ideologie des Nationalsozialismus. Ihre „anfällige Lage“ lebe von dem Empfinden „nicht bloß der Zurückgebliebenheit, sondern zuweilen einer echten ‚Ungleichzeitigkeit‘ [...], nämlich eines Restseins aus früheren Zeiten.“ (Bloch 1985 [1935], S. 16). Die Nazi-Ideologie verspricht das anomische Empfinden des „Restseins“ zu lösen, denn „[d]as subjektiv Ungleichzeitige, nachdem es lange bloß verbittert war, erscheint heute als gestaute Wut“ (Bloch 1985 [1935], S. 116; Hervorheb. i. Orig.). Die von Bloch als Agenten des Rationalen verstandenen politischen Akteur*innen, wie die damalige Komintern, beförderten im Gegenzug einen „Kältestrom,“ der dafür sorgte, dass sich die Menschen abwendeten und sich von rationalen Lösungsvorschlägen vor den Kopf

gestoßen fühlen. Viele Sehnsüchte, die aus früheren Zeiten präsent waren, hätten die Menschen in ihren Krisen für eine „anachronistische Verwilderung“ (Bloch, 1985 [1935], S. 117) ansprechbar gemacht (Schröter, 2015). Lösungen wurden in der falschen Wärme des Gewohnten und Gewöhnlichen gesucht und die Nationalsozialist*innen nutzten die „Schatzkammern einer nicht ganz aufgearbeiteten Vergangenheit“ (Bloch, 1985 [1935], S. 121) für ihre propagandistischen Zwecke und instrumentalisieren somit eine retro-utopische Fantasie mit dem Streben nach einer Heimat, die „allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war“ (Bloch, 1967 [1959], S. 1628). Damit hält Blochs Analyse des aufkommenden Nationalsozialismus unter dem Gesichtspunkt eines „Wärmestroms“ eine intuitive Metapher für die Programmatik rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen bereit.

Mit Blick auf die Konzeption von exkludierender Solidarität lassen sich eine soziale, eine räumliche und zeitliche Dimension beschreiben. Ihr „Wärmestrom“ verspricht positive Hilfspflichten unter den zugehörigen Solidar- (oder Volks-) Genoss*innen; sie verspricht damit eine Abwehr einer Bedrohung von außen („The Wall is Coming“); und sie verspricht die Lösung am Unbehagen eines ungleichzeitigen „Restseins“ in der Moderne. Es erscheint so, also böte der Rechtspopulismus gerade jenen, die sich von der „Ungleichzeitigkeit“ der heutigen Lebensverhältnisse überfordert und bedroht fühlen, eine Wärme traditionalistischer Einschlüsse durch Vertiefung der althergebrachten Ausgrenzungen an. „Deutschland. Aber normal“, wie es die AfD für ihren Bundesparteitag im April 2021 formuliert. Mit dieser Parole arbeitet die Partei programmatisch an einer Retro-Utopie des „Normalen“ mit extrem ausschließenden und teilweise grundrechtlich unzulässigen Forderungen (z. B. die Unterbindung des Familiennachzugs für Geflüchtete oder der Ausschluss von Menschen mit Migrationshintergrund aus den Leistungen der deutschen Rentenversicherung); gleichzeitig propagiert die Partei aber auch Geldgeschenke für heteronormativ lebende deutsche Familien. Räumlich, zeitlich und sozial wird die aktuelle rechtspopulistische Welle als „kollektive[r] emotionale[r] Reflex“ verstanden, als eine volksnahe „Konterrevolution“ und „Reaktion auf eine Zeitenwende“ gegen „die Folgen von Globalisierungs- und Transnationalisierungsprozessen“ (Koppetsch, 2019, S. 23). Die Rechtspopulist*innen bedienen die Sehnsucht nach einer Vergangenheit, die vor allem den ‚goldenen Zeiten‘ des nationalstaatlich eingehetzten Nachkriegs-Fordismus nachgehen. Das rechtspopulistische Kernprojekt sei daher „Re-Nationalisierung“, „Re-Souveränisierung“ und eine „Re-Vergemeinschaftung“ (Koppetsch, 2019, 23 ff.).

Nur: Ist der „Wärmestrom“ der Rechtspopulisten des 21. Jahrhunderts wirklich so retro-utopisch, wie häufig behauptet? Die Beiträge in diesem Band zeigen

diesbezüglich ein differenziertes Bild rechtspopulistischer Formationen: Neu-rechte Solidaritätsdiskurse greifen völkische Semantiken auf und aktualisieren diese zugleich im Sinne eines Ethnopluralismus mit ordnungspolitischer Funktion (vgl. Siegert und Fronek in diesem Band). Auch in ihren medialen Strategien erweisen sich rechte und rechtsradikale Akteure in bestimmten Aspekten als modern und wenig rückwärtsgewandt (vgl. Fernholz und Fielitz, Sorce, Monecke in diesem Band). Bei den frustrierten Solidaritätserwartungen, die der Rechtspopulismus ausbeutet (vgl. Rhein und Möhring-Hesse in diesem Band), haben retro-Utopien keine herausragende Bedeutung. Und schließlich zeigt sich, dass das Engagement zweier Mütter in einer Familieninitiative aus dem Spektrum der Anti-Gender-Bewegung nicht die Restauration einer ‚traditionellen‘ Mutterschaft zum Ziel hat, sondern die Anerkennung privater Erziehungs- und Sorgearbeit als Profession (vgl. Lehnert in diesem Band).

Solidarität in der „globalen Moderne“

Solidarität erscheint zunächst immer als ein exklusives Sozialverhältnis, sofern sie auf einen Kreis von Solidargenoss*innen beschränkt wird, die gemeinsame Interessenlagen und darauf gründende Solidaritätsbereitschaften teilen. Solidarität stiftet demnach immer kohäsive Binnen-Solidaritäten, die um den Preis der Exklusivität aus diesem Verhältnis erkaufte sein können. Als Praxis – oder in institutionalisierter Form als Wohlfahrtsstaat (Prisching, 2003) – ist sie zwischen den Polen von subjektorientiertem Egoismus und selbstlosem Altruismus verortet. Entscheidend für Solidarität ist ein bestimmter Grad an Unterschiedlichkeit der Solidargenoss*innen, wie sie in modernen Gesellschaften charakteristisch und notwendigerweise gegeben sind. Unter den prinzipiell einander Fremden organisiert Solidarität gleiche Anspruchsberechtigungen auf gegenseitige Hilfe und Unterstützung bei gleichzeitiger Betroffenheit oder Bedürftigkeit.

„Exkludierende Solidarität“ wird im rechtspopulistischen Kontext beschrieben als eine politische Sichtweise beschrieben, die zwar eine Grundlage für sozialpolitisch implementierte Solidarität bildet (Möhring-Hesse, 2019), aber eine prinzipielle und bedingungslose Gleichheit der ungleichen und einander fremden Solidargenoss*innen ablehnt. Vielmehr werden in der exkludierenden Solidarität leistungschauvinistische, familialistische (Püttmann, 2019) oder ethnisiert-sozialdarwinistische Diskriminierungsstrategien eingesetzt, um Gleichheit nur unter möglichst ähnlichen und anspruchsberechtigten Personen herzustellen. Nur auf dieser exklusiven ‚Innenseite‘ wird eine hoch konditionalisierte Solidarität zugelassen. Die sozialstaatlichen Institutionen werden auf diese Weise identitäts-

politisch neu entworfen und von der (Nicht-)Zugehörigkeit zu Nation und Kultur-gemeinschaft sowie den damit unterstellten Normalitäten in Kultur, Religion, Lebensformen, etc. – einschließlich der damit verbundenen Praktiken der Diskriminierung – abgeleitet.

Die Kennzeichnung der globalen Moderne durch eine zunehmende Individualisierung, gar „Singularisierung“ (Reckwitz, 2017), legt es nahe, der rechtspopulistischen Gegenbewegung ein Streben nach stärker gemeinschaftlichen ‚Solidaritätsangeboten‘ zuzuschreiben – wenngleich diese national, völkisch oder identitätspolitisch formatiert sind. Vor allem, wenn man für die Attraktivität des populistischen Angebots vermuten darf, dass sie irgendeine Art von „Wärmestrom“ oder „Heimat“ anbietet. Zwar sind die Verständnisse von Solidarität mannigfaltig und reichen von einem „terminus technicus“ für den Zusammenhalt der Gesellschaft bei Durkheim (1992 [1893]) bis zu einem Verständnis von Solidarität als normativer Hilfspflicht jenseits nationaler Gemeinschaften (Scherr, 2013). Auch die historisch-politischen Verwendungsweisen und Rezeptionen des Begriffs sind vielfältig (Süß & Torp, 2021; Lessenich et al., 2020, S. 320–324). Im Kern lässt sich die Hilfspflicht- bzw. Erwartung innerhalb einer sich weltanschaulich legitimierenden Gemeinschaft konturieren, die eine Spannung zwischen Individualismus und solidarischer Kollektivität enthält (Bayertz, 1998). Einerseits steht ein Paradigma „universeller Moral“ im Widerspruch zu „raum-zeitlichen Einschränkungen“ z.B. durch Solidargemeinschaften (Bayertz 1998, S. 11–14). Andererseits wird unter Gesichtspunkten eines „individualistischen Moralverständnis“ Solidarität kritisch gesehen: „Positive Pflichten unterliegen einem besonderen Rechtfertigungsdruck; von Ausnahmen abgesehen gelten sie nur dann als legitim, wenn sie entweder freiwillig eingegangen wurden oder aber auf Reziprozität beruhen“ (Bayertz 1998, S. 14). Dieses Paradigma ‚fremdet‘ mit der Solidarität auch deswegen, weil solidarische Handlungen unmittelbar mit einer Weltanschauung verbunden sind, die partikular in einer Gemeinschaft konstituiert werden und scheinbar nur dort gelten: „Vertretbar ist im Rahmen eines individualistischen Moralverständnisses daher nur ein schwacher Solidaritätsbegriff, wie wir ihn aus dem Versicherungsbereich kennen: die Individuen gehen zur Sicherung ihrer jeweiligen Interessen freiwillig begrenzte wechselseitige Verpflichtungen ein“ (Bayertz 1998: 14). Was wie regionale, nationale oder gruppenspezifische Moralitäten, Pflicht- und Ehrgefühle darüber hinaus geht (auch wenn sie zu solidarischen Hilfsleistungen führen), wird einem modernen individualistischen Moralverständnis suspekt. Aufgrund eines solchen modernen Moralverständnisses könnten rechte (Gegen-)Bewegungen als antiindividualistisch und antiliberal interpretiert, und mit einem stärkeren Solidaritätsstreben assoziiert werden.

Es bleibt mit Offe (2019 [2004]) kritisch anzumerken, dass „Solidarität“ im modernen und kapitalistischen Wohlfahrtsstaat längst und durchaus auch im individualistischen Eigeninteresse, meist einseitig und unter demokratischer Zustimmung, institutionalisiert und ausgeübt wurde. Abstrakte globale „Interdependenzen“ und Gefahren des zwanzigsten Jahrhunderts führen zum Bestreben von Gesellschaften, soziale Konflikte oder auch Pandemien, präventiv über Solidarität einzudämmen (Offe, 2019 [2004], S. 196). Diese Art der Solidarität ist also schon lange keine entindividualisierende Kollektivierung mehr, sondern beruht auf individuellen sozialen Rechten. Eine solche präventive Solidarität verweigert sich aber auch einer liberal-vertragstheoretischen Kosten-Nutzen-Analyse: Ihre sozialstaatliche Institutionalisierung erfährt demokratische Unterstützung, denn wohlfahrtsstaatliche Umverteilung stößt in Umfragen prinzipiell eher auf Zustimmung (Alesina et al., 2019; Biskamp, 2020; Pfarr, 2013).

Allerdings ist eine Erosion dieser Zustimmung in den letzten 40 Jahren an den Wahlerfolgen für sogenannte ‚neoliberale‘ Parteien abzulesen. Stuart Hall beschrieb schon 1980 den „Thatcherismus“ als neoliberales und ent-solidarisierendes Hegemonieprojekt, das für einen „autoritären Populismus“ einer neuen, „radikalen Rechten“ steht, die „desorganisierte Unzufriedenheit“ mit den korporatistischen „Verhandlungs- und Kompromissformen“ aufnimmt und gegen den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat richtet (Hall, 2014 [1980], S. 101–120). Institutionalisierte Solidarität wird hier in eine Rhetorik des dekadenten Verfalls und moralischen Zusammenbruchs gekleidet. Die Parole aus dieser Zeit – „Gegen schleichenden Sozialismus“ – wird auch heute noch in rechten Kreisen verwendet (Book et al., 2020, S. 11). Für die 1990er Jahre skizziert Mudde (2008) die neoliberalen und autoritär-populistischen Projekte der österreichischen FPÖ, der holländischen Lijst Pim Fortuyn oder der italienischen Forza Italia (Mudde, 2008, S. 16), die über „Ressentiments, Vorurteilsstrukturen und Angsteffekte[n]“ mobilisierten (Dubiel, 1986, S. 42). Rechtspopulistische Parteien stehen auch heute in der Tradition dieser populistischen *und* neoliberalen Bewegungen (Priester, 2012, S. 8), die in ihrer Kritik an einem solidarischen Wohlfahrtsstaat eine populäre Argumentationsweise aufgreifen:

„Die Verletzung (gesetzlicher oder moralischer) Solidaritätspflichten wird [...] gern mit dem Verdacht rationalisiert, dass es in Wahrheit die Empfänger von solidarischen Leistungen sind, die sich unsolidarisch verhalten; dies dadurch, dass sie Leistungen ‚über Gebühr‘ in Anspruch nehmen beziehungsweise darauf verzichten, sich durch eigene Anstrengung von solchen Leistungen unabhängig zu machen; ein Verhalten, so das Argument weiter, zu dem sie die Solidarleistungen der Nettozahler geradezu verführen“ (Offe, 2019 [2004], S. 197).

Diese, auf der Basis einer Art neoliberaler Grenznutzenkonzeption vollzogene Moralisierungs- und Entsolidarisierungsargumentation, schien zumindest in den Anfangsjahren rechtspopulistischer Parteien zum Standardrepertoire ihrer Sozialpolitik zu gehören (Flecker et al., 2019; Kitschelt, 1995).

Trotz aller völkischen Sozialpolitikentwürfe bleibt sie bis heute ein Kernelement der politischen Praxis vieler rechtspopulistischer Parteien (Pühringer et al., 2021). Biskamp macht in seinem Beitrag die interessante Beobachtung, dass rechtspopulistische Parteien in den 1990ern etwas marktliberaler als der Durchschnitt ihrer Konkurrenz waren und es auch heute, unter Beachtung der aktuellen Positionierung ihrer Konkurrenz (die sich wirtschafts- und sozialpolitisch im Durchschnitt auch nach links verschoben hat), immer noch sind. Viele Solidarleistungen und Mitbestimmungsmöglichkeiten des modernen Wohlfahrtsstaats – beispielsweise von Gewerkschaften (siehe den Beitrag von Erben und Bieling in diesem Band) – werden als dekadenzfördernd denunziert und unter moralischen Generalverdacht der illegitimen Vorteilsnahme gestellt. Obschon unter Rechtspopulist*innen oftmals eine Unterstützung für sozialstaatliche Solidarleistungen für Alte und Kranke artikuliert wird dominiert die gleichzeitige Kritik an Leistungen für Arme und Fremde (Ennser-Jedenastik, 2018; Goerres et al., 2018). Vor allem Geflüchteten wird unterstellt, unverdient und leistungslos in die Sozialsysteme einzuwandern. Kann so die Moral des „Konkurrenzkampfes, Wettbewerbs und Bewertungsfetisches“ rechtspopulistischen und „autoritären Lösungen“ den Weg ebnen (Ptak, 2018, S. 28–29)?

Der „Wärmestrom“ der (exkludierenden) Solidarität der Rechten weht also einerseits von den „positiven Hilfspflichten“ (Bayertz, 1998, S. 11–12) der sozialstaatlich institutionalisierten Solidarität her. Die globalisierende, ökonomisierende, individualisierende und „desintegrierende“ (Anhut & Heitmeyer, 2000; Heitmeyer, 1994) Zeitenwende der globalen Moderne befördert einen Rückbezug auf exklusive Solidargemeinschaften, in denen die Menschen nach einem „heartland“ (Taggart, 2000) suchen. Andererseits könnte es sich beim Rechtspopulismus womöglich um die immer stärker radikalisierte Form neoliberaler Entsolidarisierung handeln, die sich den moralischen Regeln der konkurrenzziellen Ökonomisierung unterworfen hat und im Zuge einer sozialdarwinistisch und standortnationalistisch grundierten Dominanzkultur ihren ‚leistungsgerechten Anteil‘ an der ‚Beute‘ der tribalistischen Gemeinschaft eines „nationalen Wettbewerbsstaats“ (Hirsch, 1996) einfordert. Möglich wäre aber auch, dass sich im Rechtspopulismus eine Gleichzeitigkeit aus beiden Bewegungen (zugleich rückwärtsgewandt als auch neoliberal-avantgardistisch) findet, die sich exemplarisch im Flügelkampf zwischen völkischen und ordoliberalen Kräften der deutschen AfD ausdrückt (Becker et al., 2019). Während

Kaphegyi in diesem Band eine ordoliberalen Ideologie unter lohnabhängigen AfD-Wähler*innen entdeckt, sehen Rhein und Möhring-Hesse demgegenüber eher ein enttäuschtes Sehnen nach einer Solidargemeinschaft, die von ihren Wähler*innen in der AfD weder gefunden, noch als eine Sache der Vergangenheit verklart wird (Rhein und Möhring-Hesse in diesem Band). Blickt man, wie [Biskamp](#) in diesem Band, auf die sozialpolitische Aufstellung europäischer rechtspopulistischer Parteien, dann lässt sich hingegen eine entsprechende Gleichzeitigkeit in den strategischen Positionierungen erkennen.

Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität

Um diesen und weiteren Fragen zur exkludierenden Solidarität der Rechten auf den Grund zu gehen, hat sich an der Universität Tübingen im Herbst 2018 das interdisziplinäre Promotionskolleg „Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität“ konstituiert, das von der Hans- Böckler-Stiftung gefördert wird. Grundlegend für dieses Kolleg ist die Beobachtung, dass das Erstarken – und inzwischen auch die Konsolidierung – rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen die Kontroversen um Sozialpolitik weiter verändert hat. Untersucht wird unter anderem, wie die Ursachen und Effekte der sich im Rechtspopulismus ausdrückenden exkludierenden Solidarität mit der Entwicklung des Wohlfahrtsstaats (in Deutschland und in Europa) verbunden sind und in welchem Maße die exkludierende Solidarität des Rechtspopulismus auf der Funktionsweise des Wohlfahrtsstaates aufbaut, ihr entgegensteht und/oder sie transformiert. Bei aller vergemeinschaftenden Exklusion steht zu vermuten, dass für die Stabilität einer politischen Bewegung auch positive Solidaritätserwartungen und Hilfspflichten der neu zu formierenden ‚Volksgemeinschaft‘ auf Dauer von Bedeutung sein werden.

Das Leitkonzept dieses Bandes fragt auch, inwiefern und in welchem Sinne die damit verbundene exkludierende Vergemeinschaftung als solidarisch bezeichnet werden kann. Es deutet aber nicht nur aufgrund der interdisziplinären Fachrichtungen der Beitragenden einiges darauf hin, dass sich bei genauerer Betrachtung rechtspopulistischer Sozialpolitik und Solidaritätskonzepte ein sehr differenzierteres Bild ergibt. Nicht umsonst postulieren einige Analysen (auch in diesem Band) eine Zunahme exkludierend-solidarischer Anteile in rechtspopulistischen Entwürfen von Sozialpolitik, während andere Autor*innen diesen Trend eher relativieren. Der vorliegende Band gliedert sich in drei Sektionen. In ersten Teil werden sozialpolitische Strategien rechtspopulistischer Akteur*innen

untersucht um im zweiten Teil die Rolle von (digitalen) Medien als zentrale Verbreitungskanäle und Verhandlungsorte exkludierender Solidarität in rechts-populistischen Diskursen und Narrativen zu veranschaulichen. Im dritten Teil fokussieren die Autor*innen die affektiven Dynamiken, die das Attraktivwerden exkludierend-solidarischer politischer Angebote erklären.

Sozialpolitische Strategien

Die Beiträge der ersten Sektion ermitteln, ob und wie im Rechtspopulismus die exkludierende Solidarität programmatisch auf die Sozialpolitiken der jüngeren Vergangenheit bezogen wird. Die Analysen in diesem Teil beschäftigen sich mit den rechtspopulistischen Vorstellungen davon, wie und auf welchen Ebenen Solidarität exklusiv gestaltet und politisch reguliert werden soll. Sozialpolitische Schwerpunkte und Strategien des Rechtspopulismus sowie spezifische Muster von exkludierender Solidarität werden dabei besonders berücksichtigt.

Hans-Jürgen Bieling und Sylvia Maria Erben werfen in ihrem Beitrag einen vergleichenden Blick auf die wirtschafts-, beschäftigungs- und sozialpolitische Programmatik und Praxis rechtspopulistischer Parteien in Österreich, Schweden und den Niederlanden. Sie konstatieren, dass für rechtspopulistische Parteien sozioökonomische Fragen (der materiellen gesellschaftlichen Teilhabe) eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Der Beitrag zeigt auf, dass die allgemeine wohlfahrtsschauvinistische Orientierung der rechtspopulistischen Parteien in vielen Ländern mit marktliberalen, zuweilen aber durchaus auch mit sozial-integrativen Reformkonzepten korrespondiert.

Floris Biskamp vertieft die Diskussion um die These, der zufolge populistisch-rechtsradikale Parteien ihre Positionen in sozioökonomischen Fragen grundlegend verändert haben. Anhand von Daten des Manifesto Projects, welches die programmatische Entwicklung von Parteien in Europa erfasst, geht er der Frage nach, wie sich in 14 nicht-postsozialistischen Ländern die wirtschafts- und sozialpolitischen Strategien rechtsradikal-populistischer Parteien gewandelt haben. Biskamps Untersuchung kommt zu einem differenzierten Ergebnis: Es lassen sich zwar Tendenzen beobachten, die eine Veränderung von marktradikalen zu etatistisch-egalitären Positionen nahelegen, sie erweisen sich aber nicht als verallgemeinerungsfähig.

Auch Tobias Kaphegyi untersucht in seinem Beitrag, ob rechtsradikal-populistische Parteien ihre wirtschafts- und sozialpolitische Strategie in exkludierend-solidarischer Weise verändert haben. Im deutschen Kontext der AfD postuliert er, dass die Partei von 2015 bis 2020 mithilfe einer gewissen

ordoliberalen Konstanz zunehmend Arbeiter*innen für sich gewinnen konnten und diskutiert die wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen von AfD-Anhänger*innen. Kaphegyi diskutiert die Frage, ob AfD-Anhänger*innen aus der ‚Arbeiterklasse‘ ein wirtschafts- und sozialpolitisch ordoliberales Profil aufweisen und argumentiert, dass sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite kein ausgeprägtes Interesse an einer (exkludierend-) solidarischen Strategie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik erkennbar ist.

Turid Fronek und Richard Siegert untersuchen die Zeitschrift *Sezession* im Hinblick auf völkische Exklusions- und Inklusionsnarrationen und damit einhergehende Solidaritätsvorstellungen. Dazu werden zunächst zentrale Merkmale völkischen Denkens und dessen Aktualisierung innerhalb der ‚Neuen Rechten‘ nachgezeichnet. Für den deutschen Rechtspopulismus sind diese Diskurse wichtig, weil führende Politiker*innen der AfD sich dazu bekannten, sich von ihnen beeinflussen zu lassen. Gerade Björn Höcke greift immer wieder Schlagworte aus diesen Diskursen auf, um seine Wirtschafts- und Sozialpolitik als solidarisch zu bewerben. Die Analyse zeigt, dass Solidarität im Diskurs der ‚Neuen Rechten‘ eine primär ordnungspolitische Funktion besitzt und unauflösbar mit dem Postulat ethnischer Homogenität verbunden ist. Das völkische Solidaritätsverständnis betont eher die Pflicht der Hingabe des Einzelnen an die vermeintlich organische Gemeinschaft als die verrechtlichte Hilfspflicht der institutionalisierten Solidargemeinschaft für den Einzelnen.

Medien

In der zweiten Sektion diskutieren die Beiträge die Rolle (digitaler) Medien in der Verbreitung, Popularisierung sowie Verhandlung rechtspopulistischer exkludierender Solidarität in deutschsprachigen Kontexten. Mit ihrem Fokus auf Protest und Aktivismus legen die Autor*innen einen Schwerpunkt auf Diskurse und Narrative exkludierender Solidarität, wobei Leitmedien und soziale Medien als Verhandlungsorte identifiziert werden.

Mithilfe einer wissenssoziologischen Diskursanalyse untersuchen Merle-Marie Kruse, Tanja Thomas und Fabian Virchow Artikel in deutschsprachigen Leitmedien zu Protesten der rechtsradikalen Gruppierung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA). Hierbei legen die Autor*innen ein besonderes Augenmerk auf die journalistische Konstruktion PEGIDAS und ihrer Akteur*innen im deutschen Pressediskurs. Die Frage nach exkludierender Solidarität wird in drei Deutungsmustern der Presseberichte analysiert: Die Einschätzung der gesellschaftlichen Position PEGIDAS in

Abgrenzung zu anderen Gruppierungen macht das antagonistische Verhältnis PEGIDAS zu etablierten Medien deutlich. Weiterhin verstärken journalistische Texte zu PEGIDA die Gegenüberstellung der Gruppierung vis-à-vis einer demokratisch-orientierten Zivilgesellschaft. Die diskursive Ausgrenzung PEGIDAS und das einhergehende Aufzeigen ihrer exkludierenden Solidaritätskonstruktionen qua Medien verhandelt laut den Autor*innen auch die demokratischen Werte unserer Gesellschaft, womit der Beitrag einen wichtigen Impuls zum Verständnis exkludierender Solidarität in medialen Öffentlichkeiten liefert.

Die qualitative Inhaltsanalyse von Nutzer*innenkommentare des „120 Dezibel“ Kampagnenvideos der österreichischen *Identitären Bewegung* auf YouTube von Giuliana Sorce und Lea Renz zeigt, wie sich rechte Gruppierungen feministische Themen aneignen, um ihre exkludierenden Solidaritätsverständnisse zu verstetigen. In Anlehnung an globalen Kampagnen wie #MeToo kapern die Akteur*innen der *Identitären Bewegung* die Anprangerungslogik der Debatte um sexualisierte Gewalt um damit ihre patriarchal-nationalistische Werteverortungen zu artikulieren. Die Kategorisierung der 1001 Kommentare zeigt, dass die Debatte auf YouTube maßgeblich männlich geprägt ist und von vagen Solidaritätsbekundungen dominiert wird. Obwohl die Initiator*innen rechtsradikale und nationalistische Interessen vertreten, unterstreichen internationale Kommentator*innen ihren Zuspruch zur Kampagne – diese transnationale Unterstützung zeigt das exkludierende Solidaritätsverständnis um sexualisierte Gewalt gegen Frauen, welches diskursiv hauptsächlich über die Verurteilung gewalttätiger Flüchtlinge funktioniert.

Der Beitrag von Tobias Fernholz und Maik Fielitz zeigt die Verbindungspunkte rechtsradikaler Accounts auf Facebook in der Kontroverse um den Migrationspakt 2018 der Vereinten Nationen auf. Anhand einer Netzwerkanalyse analysieren sie die Verbreitung des Slogans „Stoppt den Pakt“ und seine angelehnten digitalen Protestaktionen. Hierbei identifizieren die Autoren wiederkehrende Diskursmuster in der Mobilisierung gegen den Migrationspakt (Rechtsbruch, Souveränitätsverlust, Bedrohung nationaler Identität), die maßgeblich durch effektive, digitale Vernetzungspraktiken der Plattform ermöglicht werden. Im Zuge der Konturierung einer rechtsalternativen digitalen Medienlandschaft identifizieren die Autoren zentrale Akteure und hyperparteiische Narrative, die mithilfe exkludierender Solidaritätsdiskurse ihre rechtsradikalen und nationalistischen Ideologien verbreiten. Als Knotenpunkte identifizieren sie Politiker*innen der Partei Alternative für Deutschland (AfD) aber auch rechte Online-Magazine und rechtsradikale Blogger*innen. Somit zeigt der Beitrag wie soziale Medien als Katalysator rechter Alternativöffentlichkeiten dienen können, die auf exkludierenden Solidaritätsnarrativen fußen.